

## Antrag D01: Für eine starke Demokratie – in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

### 1 **Wir machen uns stark für soziale Demokratie**

2 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften machen sich stark für eine demokratische  
3 Gesellschaft der Freien und Gleichen. Eine Gesellschaft, die solidarisch  
4 zusammenhält. Eine Gesellschaft, in der das Zusammenleben durch gegenseitigen Respekt  
5 geprägt ist und von der Überzeugung getragen wird, dass die Würde des Menschen und  
6 die Menschenrechte unantastbar sind. Eine Gesellschafts- und Verfassungsordnung, die  
7 Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe fördert, vor Diskriminierung und Ausbeutung  
8 schützt und jeder und jedem ermöglicht, demokratisch mitzuentcheiden und ein  
9 selbstbestimmtes Leben zu führen. Dieses Verständnis von Demokratie prägt unsere  
10 gewerkschaftliche Arbeit und wir werden es mit vereinter Kraft verteidigen.

11 Wir Gewerkschaften leben Demokratie: Alle, die in Deutschland leben und arbeiten und  
12 unsere demokratischen Werte teilen, können bei uns Mitglied werden. Sie werden Teil  
13 einer solidarischen Gemeinschaft, deren Stärke in ihrer Vielfalt liegt. Sie können  
14 sich bei und mit uns demokratisch einbringen. Jedes Mitglied kann vom ersten Tag an  
15 mitmachen – unsere gewerkschaftlichen Bildungsangebote nutzen, wählen, sich für  
16 betriebliche Mitbestimmungsgremien aufstellen lassen, sich im Betrieb als  
17 gewerkschaftliche Vertrauensperson engagieren oder sich in Tarifkommissionen  
18 einsetzen. Wir treten dafür ein, dass jedes unserer Gewerkschaftsmitglieder die  
19 eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen aktiv mitgestalten kann.

20 Wir Gewerkschaften organisieren die Solidarität der Beschäftigten und bündeln ihre  
21 kollektive Kraft, um so wirksam Gegenmacht gegen die Interessen des Kapitals zu  
22 schaffen und Mitentscheidung auf Augenhöhe zu ermöglichen. Uns geht es um die  
23 Verwirklichung einer demokratischen Ordnung, in der die Beschäftigten die ihnen  
24 verfassungsrechtlich garantierten individuellen Freiheitsrechte und politischen  
25 Beteiligungsrechte uneingeschränkt ausüben können – in der Gesellschaft sowie am  
26 Arbeitsplatz.

27 Handlungsleitend ist für uns dabei das Ziel einer sozialen Demokratie. Eine  
28 Demokratie, in der es (verteilungs-)gerecht zugeht. Eine Demokratie, in der ein  
29 handlungsfähiger Staat und eine aktiv gestaltende Politik das freie Spiel  
30 kapitalistischer Marktkräfte zähmen, der Ausübung wirtschaftlicher Macht enge Grenzen  
31 setzen und für sozialen Ausgleich sorgen.

32 Um die soziale Demokratie zu stärken, setzen der DGB und seine  
33 Mitgliedsgewerkschaften mit ihrer Arbeit der kommenden Jahre an zwei zentralen Säulen  
34 an:

- 35 • *der weiteren Demokratisierung von Arbeitswelt und Wirtschaft:* Für uns steht  
36 fest, dass eine hohe Tarifbindung in der Fläche und die Stärkung der

37 Mitbestimmung in Betrieb, Dienststelle sowie auf Unternehmensebene unabdingbar  
38 sind für soziale Gerechtigkeit, starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine  
39 erfolgreiche Wirtschaft. Mit unserem gewerkschaftlichen Einsatz für mehr  
40 Demokratie in Arbeitswelt und Wirtschaft tragen wir dazu bei, dass demokratische  
41 Werte und Selbstwirksamkeit im Alltagserleben der Beschäftigten besser erfahrbar  
42 werden.

43 • *der Verteidigung und dem Ausbau der sozialen Rechte der Beschäftigten und ihrer*  
44 *Angehörigen:* Diese Rechte umfassen nicht nur starke Arbeitnehmer\*innenrechte,  
45 sondern auch den Anspruch auf einen leistungsfähigen Sozialstaat mit  
46 bedarfsgerecht ausgestalteten Leistungen der sozialen Sicherung, auf eine gute  
47 und qualitativ hochwertige kommunale Daseinsvorsorge und auf ein inklusives, auf  
48 Chancengleichheit ausgerichtetes Bildungssystem.

49 Soziale Demokratie – das bedeutet für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, dass  
50 wir als Interessenvertretung der Beschäftigten für eine Soziale Marktwirtschaft  
51 eintreten, die ihren Namen verdient, weil es auch am Arbeitsplatz demokratisch und  
52 fair zugeht. Zugleich sorgen wir dafür, dass das soziale Rechtsstaats- und das  
53 Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes konsequent umgesetzt werden.

54 In Verbindung mit einer zukunftsfesten, innovativen und erfolgreichen Wirtschaft, die  
55 für alle das Versprechen auf Wohlstand und dessen gerechte Verteilung einlöst, bietet  
56 dies die beste Gewähr gegen um sich greifende Zukunftssorgen, gegen Ängste vor  
57 sozialem Abstieg und Statusverlust – und gegen deren Instrumentalisierung durch die  
58 Feinde unserer Demokratie.

59 Wir brauchen weitere Fortschritte auf dem Weg zur sozialen Demokratie. Dafür machen  
60 wir Gewerkschaften uns nicht nur in Deutschland stark. Wir werden gemeinsam mit dem  
61 Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) auch den Aufbau eines sozialen Europas weiter  
62 vorantreiben. Wir brauchen eine starke soziale Demokratie in Deutschland und Europa,  
63 damit es gelingt, die tiefe demokratische Vertrauenskrise zu überwinden, die wir  
64 derzeit erleben.

65

## 66 **Wir machen uns stark für mehr demokratische Resilienz in Deutschland und Europa**

67 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften markieren die Schreckensherrschaft der  
68 Nationalsozialisten und das unendliche Leid, das sie über die Menschheit gebracht  
69 hat, die dunkelste Stunde der Geschichte unseres Landes. Die schreckliche Erinnerung  
70 an den Sturm unserer Gewerkschaftshäuser und die Zerschlagung der Gewerkschaften hat  
71 sich für immer tief in unser Gedächtnis eingebrannt.

72 Der demokratische Neuanfang in Deutschland und Europa ist für uns eine einzigartige  
73 zivilisatorische Errungenschaft. Der Grundsatz der Unantastbarkeit der Menschenwürde,  
74 die Menschen- und Bürgerrechte sind in den Grundrechten unserer Verfassung verbürgt.

75 In Verbindung mit einem starken Rechtsstaat, der Gewährleistung freier und gleicher  
76 Wahlen, einer funktionierenden Gewaltenteilung, der Unabhängigkeit der Gerichte sowie  
77 der Meinungs-, Wissenschafts- und Pressefreiheit bilden sie die Grundlage für den  
78 Schutz vor staatlicher Willkür und die wirksame Kontrolle politischer und  
79 wirtschaftlicher Macht.

80 Wir Gewerkschaften haben maßgeblich Anteil daran, dass diese Verfassungsgrundlagen  
81 mit Leben gefüllt und in Richtung einer sozialen Demokratie weiterentwickelt werden  
82 konnten. All die demokratischen und sozialen Fortschritte, die wir dabei erkämpft  
83 haben, sind inzwischen aber ernsthaft bedroht. Wir erleben einen Epochenbruch. Der  
84 klimagerechte Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft, die Entwicklung und der  
85 Einsatz Künstlicher Intelligenz, ein sich dramatisch veränderndes globales Umfeld –  
86 all das erzeugt wachsende Unsicherheit. Immer mehr Menschen zweifeln an der  
87 Problemlösungsfähigkeit der Politik und ihr Vertrauen in die Demokratie schwindet.

88 Daraus schlagen nicht nur die inneren Feind\*innen unserer Demokratie Nutzen, indem  
89 sie das ohnehin stark angespannte gesellschaftliche Klima künstlich weiter aufheizen.  
90 Auch von außen wird diese gefährliche Entwicklung durch autoritäre,  
91 rechtspopulistische und libertäre Kräfte gezielt geschürt. Sie manipulieren die  
92 öffentliche Meinung und beeinflussen Wahlen, um unsere demokratische Ordnung zu  
93 destabilisieren. Sie propagieren die illiberale Demokratie als Erfolgsmodell. Sie  
94 betrachten unsere demokratischen Institutionen und Regeln als Hindernis für die  
95 Verwirklichung ihrer globalen Neuordnungspläne. Das gilt für die zügellosen  
96 Machtansprüche einer völlig neuen Form des Big-Tech-Radikalkapitalismus US-  
97 amerikanischer Prägung ebenso wie für den Vorherrschaftsanspruch eines autoritär-  
98 staatskapitalistischen China oder die neuen, mit brutaler militärischer Gewalt  
99 verfolgten Großmachtansprüche Russlands.

100 All dies verdichtet sich zu einem bedrohlichen Gesamtbild: Noch nie in der  
101 Nachkriegsgeschichte war unsere Demokratie so gefährdet wie heute. Für den DGB und  
102 seine Mitgliedsgewerkschaften bedeutet das, dass wir unsere Arbeit in den kommenden  
103 Jahren noch stärker an der Frage ausrichten müssen, wie wir die demokratische  
104 Resilienz in Deutschland und Europa gegen Angriffe von innen und außen steigern  
105 können. Dafür setzen wir drei Schwerpunkte:

- 106 • *Demokratische Wertehaltungen und Einstellungen fördern:* Der DGB und seine  
107 Mitgliedsgewerkschaften werden die Demokratiebildungsangebote in unseren eigenen  
108 gewerkschaftlichen Bildungsstätten wie in den Betrieben und Dienststellen weiter  
109 ausbauen. Wir werden die Politik in die Pflicht nehmen, endlich dafür zu sorgen,  
110 dass politische Bildung einen wesentlich höheren Stellenwert in allen  
111 Bildungsplänen erhält, von der Kita, über die Schulen, Berufliche Schulen sowie  
112 Hochschulen bis hin zur Weiterbildung. Für die Ausweitung und Weiterentwicklung  
113 der politischen Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich muss  
114 ebenso eine ausreichende staatliche Finanzierung sichergestellt sein wie für  
115 erweiterte Demokratiebildungsprojekte zivilgesellschaftlicher und  
116 gewerkschaftlicher Träger und Qualifikationsangebote für Betriebs- und  
117 Personalräte sowie andere gesetzliche Interessenvertretungen in der Arbeitswelt.
- 118 • *Die Zivilgesellschaft stärken:* Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wenden  
119 sich mit aller Schärfe gegen jede Form von Angriffen auf die kritische  
120 Zivilgesellschaft. Wir werden unseren politischen Druck auf Bundes- und  
121 Landesebene weiter verstärken, endlich für eine dauerhafte finanzielle  
122 Absicherung von Demokratieprojekten zu sorgen und dadurch  
123 zivilgesellschaftliches Engagement langfristig abzusichern. Von der

124 Bundesregierung fordern wir das längst überfällige Demokratiefördergesetz ein.  
125 Zusätzlich werden wir gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) EU-  
126 Initiativen zur Stärkung der Zivilgesellschaft aktiver begleiten als bislang –  
127 wie etwa die neue „EU-Strategie für die Zivilgesellschaft“.

128 • *Wirksame Schutzschilde gegen digitale Bedrohungen bauen:* Der DGB und seine  
129 Mitgliedsgewerkschaften werden sich intensiver mit den zunehmenden externen  
130 Bedrohungen für unsere Demokratie auseinandersetzen, die vor allem von der  
131 rasanten Entwicklung Künstlicher Intelligenz und der ungeheuren wirtschaftlichen  
132 Macht großer digitaler Plattformanbieter ausgehen. Wir werden in diesem  
133 Zusammenhang konkrete Vorschläge für die deutsche und europäische Politik  
134 vorlegen, wie wir uns aus der Abhängigkeit von den großen US-amerikanischen Big-  
135 Tech-Konzernen lösen können.

136 Gleichzeitig versuchen antidemokratische Kräfte und autoritäre Regime unsere  
137 Demokratie von außen zu zersetzen, indem sie digitale Technologien zur gezielten  
138 Verbreitung von Fake News und Desinformation nutzen. Hier werden sich der DGB und  
139 seine Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam mit dem EGB verstärkt in die Diskussion  
140 einbringen, wie sich Deutschland und Europa gegen solche Angriffe aus dem virtuellen  
141 Raum besser schützen können. Dabei werden wir auch entsprechende EU-Initiativen  
142 genauer in den Blick nehmen – wie etwa den angekündigten „European Democracy Shield“.

143 Für eine starke soziale Demokratie, für eine Demokratisierung von Wirtschaft und  
144 Arbeitswelt, für mehr demokratische Widerstandskraft, für eine vielfältige und  
145 inklusive Gesellschaft – das ist es, wofür der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften  
146 kämpfen. Das ist es, was die Feinde unserer Demokratie mit allen Mitteln verhindern  
147 wollen. Wir sind bereit. Wir wollen sie stoppen und stellen uns dafür neu auf:

148 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden in den kommenden Jahren ihre  
149 Kräfte noch stärker bündeln, indem wir unsere betriebliche und politische Arbeit  
150 für eine starke Demokratie und vielfältige Gesellschaft noch enger miteinander  
151 verzahnen.

152 • Für die Gliederungen des DGB werden wir ebenenübergreifend bessere  
153 Vernetzungsmöglichkeiten und neue Unterstützungsangebote schaffen, um vor Ort  
154 unsere Arbeit gegen die extreme Rechte zu stärken.

155 • Wir werden unsere strategische Bündnisarbeit weiterentwickeln, um in  
156 Deutschland, aber auch auf europäischer und internationaler Ebene gemeinsam mit  
157 den demokratischen Kräften aus Zivilgesellschaft und Politik ein starkes  
158 Bollwerk gegen die inneren und äußeren Feinde unserer Demokratie zu errichten.

159 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen sich mehr denn je gefordert, unsere  
160 demokratischen Errungenschaften in Deutschland und Europa mit aller Kraft und  
161 Entschlossenheit zu verteidigen. Denn die Geschichte hat uns gelehrt, wie sehr eine  
162 starke Demokratie starke Gewerkschaften braucht und wie sehr freie und starke  
163 Gewerkschaften auf eine starke Demokratie angewiesen sind.

164

165 **Wir machen uns stark für das demokratische Zusammenleben in einer vielfältigen und**  
166 **solidarischen Gesellschaft**

167 Von Anfang an war es Ziel der gewerkschaftlichen Organisation von Solidarität, allen  
168 abhängig Beschäftigten ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dieser  
169 emanzipatorische Gestaltungsanspruch begründet das Eintreten des DGB und seiner  
170 Mitgliedsgewerkschaften für das demokratische Zusammenleben in einer vielfältigen und  
171 solidarischen Gesellschaft, in der jede und jeder die Möglichkeit zur freien  
172 Entfaltung der eigenen Persönlichkeit hat.

173 Die Möglichkeit zu gelebter Vielfalt ist für den DGB und seine  
174 Mitgliedsgewerkschaften gleichbedeutend mit der demokratischen Freiheit, so zu leben  
175 und so zu sein, wie man ist. Vielfalt bedeutet die Freiheit, die eigenen Potenziale  
176 entfalten zu können. Nur auf der Basis von Vielfalt lässt sich eine Arbeitswelt  
177 verwirklichen, die frei von Ausbeutung ist und in der alle gleichermaßen sicher sein  
178 können, respektiert zu werden. Vielfalt ist die Grundlage für Freiheit, weil sie  
179 gleiche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und Aufstieg eröffnet. Die Förderung  
180 von Vielfalt bedeutet Freiheit, weil sie davor schützt, diskriminiert und ausgegrenzt  
181 zu werden.

182 Für diese Freiheit werden wir Gewerkschaften mit aller Entschlossenheit kämpfen. Sie  
183 ist in Gefahr: Durch gezielte Stimmungsmache gegen eine vielfältige Gesellschaft  
184 vertiefen sich die Spaltungslinien nicht nur in unserem Land, sondern in ganz Europa  
185 und weltweit. Rechtsradikale, antidemokratische und antifeministische Bewegungen  
186 greifen die Fundamente unserer demokratischen Grundordnung an. Sie agitieren gegen  
187 Frauen, gegen Menschen mit Migrationsgeschichte, gegen queere Menschen, gegen  
188 Menschen mit Behinderung. Sie verachten Solidarität. Sie schüren Antisemitismus und  
189 Islamophobie. Sie attackieren alles, was nicht in ihr Weltbild passt. Und sie greifen  
190 uns Gewerkschaften an, weil sie unsere Organisations- und Mobilisierungsmacht  
191 fürchten, mit der wir für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft eintreten.

192 Worauf sie es mit ihrer rassistischen, frauenfeindlichen und menschenverachtenden  
193 Hetze abgesehen haben, ist die Freiheit von uns allen. Soziale Spaltung ist ihr  
194 Mittel, um die politische Macht zu erlangen. Sie wollen unsere Demokratie von innen  
195 heraus zerstören, um ihr Ziel einer Gesellschaft der Unfreien und Ungleichen zu  
196 erreichen.

197 Jeder Angriff auf die offene und vielfältige Gesellschaft ist für uns Gewerkschaften  
198 ein Angriff auf uns selbst. Unsere Gewerkschaftsmitglieder spiegeln die Vielfalt  
199 unserer Gesellschaft wider. Vielfalt wird in unseren Reihen gelebt und macht unsere  
200 Organisationen stark.

201 Niemand weiß besser als wir: Wer Vielfalt stärkt, stärkt die Demokratie. Wer  
202 Diskriminierung bekämpft, schützt den sozialen Frieden und stärkt den  
203 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die Arbeit des DGB und seine  
204 Mitgliedsgewerkschaften in den nächsten Jahren bedeutet das konkret:

- 205 • Die Verwirklichung von Gleichstellung, Inklusion und Antidiskriminierung gehören  
206 zum Kern unserer gewerkschaftlichen Arbeit in der Tarifpolitik, der  
207 Interessenvertretung und der politischen Bildung. Wir werden diesen Kern unserer  
208 eigenen Arbeit weiter stärken.
- 209 • Durch den Einsatz von KI gewinnt die Gefahr algorithmischer Diskriminierungen

210 mehr und mehr an Bedeutung. Wir werden darum unsere Vorschläge für einen  
211 wirksamen Schutz vor KI-generierten Diskriminierungsrisiken und den dafür  
212 nötigen Regulierungsrahmen weiterentwickeln – mit Fokus auf Ansatzpunkte, die  
213 die Umsetzung der europäischen KI-Verordnung dafür liefert und erforderliche  
214 Anpassungen vor allem des Betriebsverfassungsgesetzes sowie des Allgemeinen  
215 Gleichbehandlungsgesetzes.

216 • Weltweit werden hart errungene Fortschritte beim Schutz und der Förderung von  
217 Vielfalt und Diversität durch autoritäre und rechtspopulistische Kräfte  
218 grundsätzlich in Frage gestellt werden. Besonders deutlich zeigt sich diese  
219 Entwicklung in den USA, wo Präsident Trump Unternehmen massiv unter Druck setzt,  
220 ihre Gleichstellungs-, Teilhabe- und Inklusionsprogramme („Diversity, Equity and  
221 Inclusion“ / DEI) aufzugeben. Wir werden all unseren gewerkschaftlichen Einfluss  
222 geltend machen, um international tätige deutsche und europäische Unternehmen  
223 dabei zu unterstützen, diesem wachsenden Druck standzuhalten. Und wir nehmen sie  
224 in die gesellschaftliche Verantwortung, ihre demokratischen Prinzipien nicht  
225 wirtschaftlichen Interessen zu opfern.

226 In einer Demokratie zu leben, in der Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern als  
227 Bereicherung wahrgenommen wird, und in der jede und jeder Einzelne von uns die  
228 Freiheit hat, diese Vielfalt zu leben, ist keine Selbstverständlichkeit. Diese  
229 Freiheit muss tagtäglich verteidigt und immer wieder neu erkämpft werden: in Betrieb  
230 und Dienststelle, auf der Straße, in der Schule, in den Parlamenten und mehr und mehr  
231 im Internet und den sozialen Medien.

232 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wissen um diese Verantwortung. Wir stellen  
233 uns ihr tagtäglich. Gleichzeitig nehmen wir aber alle demokratischen Parteien und die  
234 Arbeitgeber in die Pflicht. Sie müssen ihre demokratische Verantwortung endlich ernst  
235 nehmen, statt zunehmend in die populistischen und hetzerischen Parolen einzustimmen,  
236 mit denen die Feinde unserer Demokratie den Keil der Spaltung in unsere vielfältige  
237 Gesellschaft zu treiben versuchen.